

bei der Abreise anwesenden Journalisten, ob diese Reise durch die Nachricht von der Aufgabe gewisser Grenzposten veranlaßt worden sei, verneinte der Ministerpräsident, indem er erklärte, daß diese Stellen nur provisorische Anordnungen seien und ihre Räumung schon immer für den Fall vorgesehen worden sei, daß Operationen von einer gewissen Tragweite vorgenommen werden müßten.

### Scharmügel in Marokko

Die Opatas aus Tanger berichten, werde in der westlichen Zone der spanischen Marokko-Front nördlich von Guezman und in der Gegend von Elfar-el Kebir eine gewisse Agitation gemeldet. Im Abschnitt Larach sei es zu einzelnen Scharmügel gekommen. Doch seien die Posten von Koufouß nicht bedroht worden. Die Spanier hätten ihre Stellung von Regaña verstärkt und die Eingeborenenstruppen, die an der internationalen Zone lagen, durch reguläre Truppen ersetzt. Abd el Krim habe seine Truppen in Adir um 1500 Mann verstärkt.

### Die bulgarische Verschwörung

Die Polizei in Sofia hat nunmehr den Zentralausschuß entdeckt, der materielle Unterstützungen an die Angehörigen der gefallenen und geflüchteten Verschwörer verteilte. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit wurden 47 Personen verhaftet, die bereits ein Geständnis abgelegt haben. In dem Bezirk Harmanli sind 300 Personen festgenommen worden, die verdächtig sind, mit den Verschwörerorganisationen in Verbindung zu stehen. Unter den Verhafteten befindet sich auch der kommunistische Führer und ehemalige Abgeordnete Dr. Zepotonoff.

### Der Aufstand in China ebbt ab

Nach einer heftigen Kämpfe aus Peking haben Aufrührer die Kontrolle der Asiatischen Petroleumgesellschaft in Tschang-tschang verweigert, wie verlautet, hat Marischall Tschang-tschang in einem Zirkulartelegramm die Studenten ermahnt, seine Gewalttaten zu beenden. Aus Schanghai wird gemeldet: Abgesehen vom Streik in der Schifffahrt besteht sich die Lage. Eine große Anzahl von Ausländern hat die Arbeit wieder aufgenommen.

### Die 20 Millionen-Schiebung

Zu den Mieterschiebungen im Reichsbahndirektionsbezirk Wien berichtet das „N. Z.“, daß ein Oberbahnmittel in Neubaden verbleibt worden sei. Das B. L. L. erfährt von der Reichsbahnverwaltung zu der Angelegenheit, daß bei den gesamten Bauausführungen für den Bahnhof Neubaden ausschließlich der Eisenbahnerhebung von der Reichsbahnverwaltung bis Oktober 1924 etwa 12 Millionen Goldmark verausgabt worden seien. Eine Schädigung der Reichsbahn könnte also nur einen Bruchteil dieser Summe ausmachen. Der von den die Untersuchung führenden Justizbehörden geführte Ermittlungsbericht von 20 Millionen Mark trifft nicht allein die Reichsbahn, sondern alle die Behörden, die an den zahlreichen Bauten, bei denen die Preissteigerungen vorgekommen sein sollen, beteiligt sind. Es handelt sich in erster Linie um Post-, Grenzpolizei- und Zollverwaltung.

### Aus aller Welt

**Ein amerikanischer Universitätsprofessor ermordet.** In dem landwirtschaftlichen Institut der Universität des Staates Louisiana wurde Professor Turner mit durchschnittlicher Kehle, zertrümmertem Kopf und entsetzlich verblutetem Gesicht tot aufgefunden. Die Polizei hält einen Studenten, der gestohlene Esamenpapiere zurückbringen wollte, für den Täter. Unter der Bedrohung, namentlich unter den Regern, heißt es, daß das 1835 errichtete Gebäude ein „Spulhaus“ sei.

**Ein Student ermordet.** Der Student Bernhard Böbde aus Hannover, der sich am 3. Mai auf eine Harzwanderung begeben hatte, war seit diesem Tage spurlos verschwunden, so daß man annehmen mußte, daß ihm auf seiner Tour irgendwo im Harz ein Unfall zugestoßen war. Nunmehr ist der junge Mann im Spiegelhafer Teich bei Clausthal als Leiche aufgefunden worden. Der Umstand, daß seine Beine mit einem Strick zusammengebunden waren, läßt auf ein Verbrechen schließen.

**71 Häuser abgebrannt.** In Odnic - Banja brach in einem Kubstall ein Brand aus, der bei heftigem Sturmwind in wenigen Stunden 71 Häuser in Asche legte. Mehrere Personen erlitten bei Rettungsarbeiten Verletzungen.

**Großer Waldbrand.** Ein gewaltiger Waldbrand hat bei Bodenwöhr (Oberpfalz) große Teile bayrischen Staatswaldes vernichtet. Die Feuerwand, die zeitweise eine Länge von drei bis vier Kilometer erreichte, wurde von zahlreichen Wehren der Umgebung und alarmierten Reichsheertruppen bekämpft. Nach harter Arbeit gelang es ihnen, den Reizenbrand einzudämmen. Der Schaden, der außerordentlich groß ist, läßt sich bisher noch nicht abschätzen. Als Ursache vermutet man Entzündung durch Lokomotivfunten.

**Neue Anschuldigungen gegen den Massenmörder Brüdner.** Noch ein Mord wird dem Massenmörder Brüdner in die Schuhe geschoben. Aus der Steinach wurde nämlich im Jahre 1920 ein junges Mädchen als Leiche geborgen, mit dem der damals von seiner ersten Frau geschiedene Brüdner ein Liebesverhältnis hatte. Man hatte damals Selbstmord angenommen. Welcher verdächtigt sich immer mehr der Verdacht, daß der Massenmörder Brüdner auch den Tod einer vor einigen Jahren ums Leben gekommenen Schwägerin auf dem Gewissen hat. — Eine Bestätigung bleibt abzuwarten.

## Aus dem Reiche und aus den Weiten

**Berlin.**  
**Sandere Fräulein.** Vor einiger Zeit war dem Fahndungsdienst der Berliner Kriminalpolizei in einem erstklassigen Berliner Hotel ein Großkaufmann aus München mit seiner Frau aufgefallen, die sehr jugendlich ausahen und sich durch große Geldsummen verächtlich machten. Rückfragen in München ergaben, daß dort ein Großkaufmann mit angeebenem Namen nicht bekannt sei. Nach der Festnahme stellte es sich heraus, daß es sich um einen 16 Jahre alten Kaufmannslehrling handelt, der sich durch umfangreiche Unterschlagungen Geld verschafft hatte, und um eine ein Jahr jüngere Tanzschülerin.

**Hamburg.**  
**Nicht im Watt umgekommen.** Die von einer Reihe Blättern heute früh gebrachte Meldung, wonach bei dem Wattenlauf in der Nähe von Cuxhaven vier Personen ertrunken sind, bestätigt sich nach weiteren Mitteilungen erfreulicherweise nicht. Die verunglückten Personen wurden von dem Rettungsboot der Badeanstalt geborgen und von zwei

anwesenden Ärzten behandelt, so daß sie sich alsbald wieder erholten.

**Schwien.**  
**Eine Fememord?** Vor einiger Zeit wurde in der Nähe von Wismar in Mecklenburg die Leiche eines jungen Menschen aufgefunden die vier Kopfschüsse aufwies. Der Ermordete war ein gewisser Holz. Sogleich nach der Mordtat tauchte die Vermutung auf, daß wieder ein Fememord vorliege. Jetzt hat der Staatsanwalt nach weitreichenden Ermittlungen gegen vier Personen Anklage wegen dieses Mordes erhoben.

**Sturgin (Kentucky).**  
**Durch eine Explosion.** sind hier 17 Bergleute verunglückt worden. Es besteht keine Hoffnung auf ihre Rettung.

**Newport.**  
**Schwere Folgen eines Sturmes.** Einer Nachricht aus Wray (Colorado) zufolge wurde durch einen torenartigen Sturm über 100 Gebäude vernichtet und 20 Personen in einem Gebiet von 25 Quadratmeilen getötet.

## Die Parlamente nach der Pfingstpause

### Sächsischer Landtag.

In der ersten Sitzung des Landtages nach den Pfingstferien am Dienstag wurde zunächst die Vorlage über die Bereitstellung von Mitteln zur Erbauung von Wohnungen für sozialliche Beamte, Angestellte und Arbeiter beraten.

Abg. Jellisch (Soz.) stimmt der Vorlage zu, ebenfalls Abg. Vogner (Dntl.).

Abg. Blüher (D.) erklärt ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion, fordert aber, die Bauumme von 8 auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. Mit diesem Betrage dürfte aber der Haushaltsplan nicht belastet werden. Weiter müsse auch der Zinsfuß erheblich ermäßigt werden, sonst seien die geplanten Wohnungen nicht zu bezahlen.

Abg. Schminde (Komm.) verlangt ebenfalls Erhöhung der Bauumme und knüpft daran agitatorische Forderungen auf Beschlagnahme größerer Wohnungen zugunsten der Arbeiter usw.

Ministerialdirektor Dr. Gedrich weist nach, daß der Staat nichts unversucht gelassen habe, um der Wohnungsnot zu steuern. Eine Erhöhung der Bauumme auf 10 Millionen Mark würde auf unüberwindbare Schwierigkeiten stoßen. Die Vorlage geht an den Haushalts-Ausschuß A.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage über die Errichtung einer sächsischen Pfandbriefanstalt für Industrie und Handel.

Ministerialdirektor Dr. Gedrich begründet die Vorlage namens der Regierung.

Die Regierung will durch die Vorlage eine neue Möglichkeit schaffen, um der heimischen Wirtschaft und besonders den mittleren und kleineren Betrieben langfristige Kredite auszuführen. Den privaten Anstalten soll mit dieser Einrichtung keine Konkurrenz gemacht werden. Die Pfandbriefanstalt wird sich von allen Erwerbszweigen freihalten, also rein gemeinnütziger Natur sein. Die Regierung ist sich bewußt, daß die Schaffung eines solchen Instituts ein Bonuss darstellt, deshalb seien die größten Vorkehrungsmaßnahmen getroffen worden. Die Regierung hofft, noch im Laufe des kommenden Herbstes die ersten Kredite ausgeben zu können.

Abg. Noack (D.) erklärt, seine Fraktion stehe der Vorlage freundlich gegenüber.

Dasselbe erklärt Abg. Vöfel (Mehrsoz.) für seine Parteigenossen.

Abg. Neutler (Dntl.) stellt fest, daß auch seine Fraktion dieser Vorlage wohlwollend gegenüberstehe. Es werde aber neues Kapital durch das Institut nicht geschaffen, vielmehr entziehe man das Geld nur anderen Stellen. Die Industrie werde zweifellos über die Höhe der Kredite, die sehr gering sein dürften, enttäuscht sein. Es wäre besser gewesen, die Anstalt nicht als reine Staatsanstalt, sondern als ein wirtschaftliches Institut unter Inanspruchnahme von Industrie und Handel auszubauen. Wegen einer unbeschränkten Ausgabe von Pfandbriefen durch die Regierung werde sich seine Partei wehren. Der Landtag müsse sich in der Hand haben, wieviel ausgegeben werden dürfe. Er schlägt zunächst für 20 Millionen Mark Pfandbriefe vor. Später kann der Landtag Zutabewilligung vornehmen. Die Vorlage dürfe nicht, wie von der Regierung verlangt, durchgesetzt werden, sondern bedürfe einer gründlichen Beratung im Ausschuß.

Abg. Dehne (Dem.) bezeichnet die Vorlage als einen interessanten Versuch, die Kreditnot zu beheben. Man solle sich aber keine Illusionen über die Wirkung des Gesetzes machen. Das Risiko sei außerordentlich groß. Redner meint, daß es ganz undurchführbar sein werde, die Geschäfte der Pfandbriefanstalt zunächst durch die Staatsbank zu erledigen.

Abg. Wittler (Komm.) wendet sich gegen die Einrichtung im Hinblick auf die Liquidation der ähnlichen Anstalt in Preußen. Seine Erklärung, der Finanzminister, habe erst vor einem Vierteljahr einen amerikanischen Staatskredit von 15 Millionen Dollar aufgenommen und die Staatswerke verpfändet. Einem solchen verpfändeten Staatswesen werde kaum jemand seine Sparpfennige überlassen.

Nach weiterer unermüdeter Aussprache wird die Vorlage an den Rechts-Ausschuß bzw. an den Haushalts-Ausschuß B verwiesen. Es folgt die Beratung der Vorlage betr. Uebernahme einer Staatsbürgerschaft an einer von der Leipziger Messe-Ausstellung A. G. ausgehenden Obligationen-Anleihe im Höchstbetrage von 5 Millionen Mark.

Abg. Hoerner (Dntl.) spricht sich im Sinne der Vorlage aus und bittet sie in sofortiger Schlussberatung anzunehmen.

Abg. Lieberich (Komm.) bezeichnet es als unklug und unverantwortlich, für solche

Dinge Geld auszugeben. Er greift die Leipziger Messe und die Stadt Leipzig in seinen weiteren Ausführungen heftig an.

Abg. Köllig (D. Sp.) nennt den Vordrucker einen schlechten Vogel, der sein eigenes Recht beschneidet. Seine Rede sei voller Unwahrheit gewesen; man müsse Stunden aufbringen, um diese Unwahrheiten richtig zu stellen. Wenn man bedenke, wie viele Arbeiter im Verkauf und in allen anderen Erwerbszweigen bei der Messe Verwendung und Brot fanden, dann könne man diese Art Arbeitervertretung nicht verstehen, um so mehr, wenn es sich um einen Leipziger handele. Zur Sache selbst sei zu bemerken, daß man vom Staat keinerlei Geld verlange, die Stadt Leipzig habe bereits die Bürgerschaft übernommen, der Staat soll sie durch seine Unterstützung nur noch verbessern. Er verlange schnelle Beschließung der Vorlage und Annahme in sofortiger Schlussberatung.

Abg. Claus (Dem.) spricht sich in ähnlichem Sinne aus.

Nach weiteren Bemerkungen des Abgeordneten Lieberich wird die Vorlage in sofortiger Schlussberatung gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialisten angenommen.

Der Entwurf eines Rinderzuchtgesetzes wird mit einigen Änderungen der Ausschussmehrheit nach kurzer Aussprache angenommen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen und die Demokraten.

Der Landtag tritt dann in die zweite Beratung des Rinderzuchtgesetzes ein.

Abg. Vagenstecher (D. N.) erhält den Bericht des Reichsausschusses. Er beantragt, den Entwurf mit einigen Änderungen anzunehmen.

Abg. Volz (D. Sp.) beantragt, daß für die Mitglieder des Reichsausschusses Stellvertreter zu wählen sind und auch die Kosten des Reichsausschusses der Staat zu tragen hat. Der Staat solle den Nachforschungskosten Reichlich bei der Anschaffung von Bullen gewähren. Der Antrag Vagenstecher wird abgelehnt, die Anträge Volz werden angenommen. Mit diesen Bemerkungen wird das ganze Gesetz in der Fassung des Ausschusses gegen 14 Stimmen verabschiedet.

Die Grubenkatastrophe bei Dortmund hat den Kommunisten an einem Antrag Anlaß gegeben, aus den Mitteln des sächsischen Staates 100 000 Mark zur Unterstützung der Verunglückten und deren Hinterbliebenen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Langhork (Rechtssoz.) begründete den Antrag seiner Fraktion, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf die alsbaldige Schaffung eines Reichsberggesetzes hinzuwirken. Der Redner macht eine Reihe von Vorschlägen für die Einzelbestimmungen. Jeder unteren Verwaltungsbehörde sei mindestens ein Grubenkontrolleur aus den Reihen der Bergarbeiter beizusetzen. Diese Kontrollleure dürften in kein Verhältnis getreten werden. In dem einzelnen Bergbauarten sollten nach dem vorläufigen Freiwort der Grubenberichts-Kommissionen gebildet werden, deren Mitglieder zu gleichen Teilen von den beteiligten Arbeitnehmern und Arbeitgeberorganisationen zu berufen seien. Im Steinkohlenbergbau solle das Betriebsaufsehungsverfahren obligatorisch eingeführt werden. Der Antragsteller unterbreitet auch Vorschläge über die berufliche Ausbildung der Bergarbeiter und zur Rettung Bedrohter bei Grubenunglücken.

Die Abräumung des Dorfes Wignitz bei Vohlsdorf in der Amtshauptmannschaft Borna betrifft der letzte Punkt der Tagesordnung.

Abg. Renner (Komm.) begründet einen Antrag hierzu. Das genannte Dorf solle der Kohलगeminnung halber weggehabt werden. Der Redner fordert: Durch Gesetz muß der weitere Bestand von Wignitz sicher gestellt werden. Für den Fall aber, daß Wignitz doch abgeräumt wird, muß sofort geeignetes Gelände zum Aufbau der neuen Gemeinde abgetreten werden.

Ministerialdirektor Dr. Juch: Man müsse das tiefe Mitleid mit den Opfern des verhängnisvollen Grubenunglücks auf der Sache vorfeld bei Dortmund und den Hinterbliebenen haben, aber die Unterbrechung der Verletzten sei Pflicht der reichsgesetzlichen Unfallversicherung. Zu den beiden Anträgen über die reichsrechtliche Regelung der Bergbauergewerbesteuer werde das Oberberauri-Kreiseramt Gutachten erstatten. Wenn das Ergebnis der Erörterungen hinsichtlich des Dorfes Wignitz vorliege, werde die Regierung erwägen welche Schritte unternommen werden könnten, den Wignitzern abzuwehren.

Der Antrag betr. die Unterbrechung der Opfer des Grubenunglücks wird in sofortiger Schlussberatung gegen zwei Stimmen abgelehnt. Die übrigen Anträge gehen an den Haushaltsausschuß B.

10 Uhr wird die Sitzung nach reichlich achtstündiger Dauer geschlossen. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr.

### Deutscher Reichstag

69. Sitzung am 9. Juni 2 Uhr nachmittags. Präsident Lobe eröffnete die erste Sitzung nach den Pfingstferien mit der Mitteilung, daß der Reichsausschuß des Innern die Genehmigung nachgefragt habe zur Strafverfolgung des sozialdemokratischen Abgeordneten Schöpslin wegen Verleumdung. Das Ersuchen des Ministers wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Hennig (D. Fr.) die auf der Tagesordnung stehende Beratung des Reichswahlgesetzes vorläufig auszusetzen und zunächst die Militärkontrollnote der Entente zu besprechen.

Die tief in die Organisation der deutschen Wehrmacht eingreifende.

Abg. Stöcker (Komm.) unterstützt den völkischen Antrag und bemerkt, daß die deutsche nationale Regierung Luther der unerhörten Note der Entente auch nur den geringsten Widerstand entgegenzusetzen werde. Der Redner beantragt weiter unter heftigen Angriffen gegen die Innenminister des Reiches und Besetzung die sofortige Beratung einer konstanten Interpellation über die Zusammenhänge der Polizei mit Kommunisten in Teuton.

Abg. Müller (Franken, Soz.) schlägt unter großer Anruhe der Kommunisten vor, die Letztere Gelegenheit bei der demnächst erfolgenden Beratung des Haushaltes des Innenministeriums zu besprechen und mit der Besprechung der Militärkontrollnote zu warten, bis Mitte der Auswärtige Ausschuss dazu Stellung genommen hat.

Die von den Völkischen und Kommunisten beantragten Änderungen der Forderung, wann werden abzulehnen.

Das Haus tritt dann in die zweite Beratung des Haushaltes der Marine im Rahmen des Haushaltes des Reichswahlministeriums ein.

Abg. Treutler (D. Sp.) In den maßgebenden Parteien bestehe Einmütigkeit darüber, daß die Marine überhaupt abgeschaffen müsse. Auch in der durch den Verfall der Vertrag ausgenommenen Beschränkung habe die Reichsmarine noch sehr bedeutende Aufgaben zu erfüllen.

Abg. Bräunighaus (D. Sp.) bezeichnet es als eine Inkongruenz, wenn die Sozialdemokratie die notwendigen Ergänzungsbauten für die überalterten Schiffe ablehnen würde. Das könne man nur dann tun, wenn man, wie die Kommunisten, die Marine überhaupt abschaffen will. Der Redner begrüßt es, daß der verstorbene Reichspräsident den neuen kleinen Kreuzer auf den Namen „Emden“ getauft und damit die Erinnerung an die unergiebigen ruhmvollen Kriegstagen der alten „Emden“ und die tapferen Kommandanten v. Müller neu belebt habe. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Creutzburg (Komm.) lehnt alle Marineforderungen ab.

Abg. Dr. Moser (Soz.) erörtert die Selbstmordfälle in der Marine und in der Reichswehr. Seit 1923 sei in dieser Beziehung statt der erhofften Besserung eine Zunahme der Selbstmorde um mehr als 50 v. H. zu verzeichnen. (Hört, hört.) Es sei erschreckend, wenn im letzten Jahre in dem kleinen deutschen Heer nicht weniger als 160 Selbstmorde vorgekommen sind, obwohl hier die in der Zivilbevölkerung hauptsächlich als Ursache geltende wirtschaftliche Sorge fortfällt.

Abg. Dr. Schreiber (D.) begrüßt die Mitwirkung der deutschen Reichsmarine an den Aufgaben der wissenschaftlichen Forschung, besonders bei der Tiefseeforschung. Die Auslandsfahrten der Marine hätten dem Ansehen des deutschen Namens in der Welt viel genutzt. Der Redner unterstreicht dann die Ausführungen des Abg. Dr. Moser zu den Selbstmorden im Heere und in der Marine und verlangt eine genaue Prüfung der einzelnen Fälle.

Reichswehrminister Dr. Gehler: Das überaus traurige Kapitel der Selbstmorde empfinden wir auf unserem Schicksal als einen schwarzen Fleck, der möglichst bald verschwinden muß.

Der Hauptgrund für die steigende Zahl der Selbstmorde liegt wohl in der unangemessenen Verpflichtung auf zwölf Jahre. Wir wollen möglichst Wandel schaffen, vor allem durch eine Verbesserung des gerichtlichen und disziplinarischen Verfahrens. Zu den Ursachen des Selbstmordes gehört in vielen Fällen der Alkoholismus, diese große deutsche Volkskrankheit. Wir wollen alles tun, um in der Selbstmordfrage Wandel zu schaffen und werden alle im Reichstag dazu gegebenen Anregungen allen Kommandostellen übermitteln. Damit schließt die allgemeine Aussprache. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten werden die geforderten Neubauten, ein kleiner Kreuzer und fünf große Torpedoboote, bewilligt, ebenso der gesamte Haushalt in voller Beratung.

Der Antrag auf Streichung des Ministeraltaltis wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Das Schicksal des Reichswahlministeriums wird bewilligt.

Mit demselben Stimmenverhältnis wird folgender kommunistischer Antrag abgelehnt: Der Reichswehrminister Dr. Gehler besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.

Es folgt hierauf die erste Beratung der Geschäftsordnung.

Bereinschaffung des Militärstrafrechts und über Militärgerichte. Der Entwurf ändert das bisherige militärgerichtliche Verfahren dahin, daß in jedem Gericht mindestens ein Offizier mitwirken muß, während bisher die Richter dem Dienstgrad des Angeklagten angehörten.

Die Vorlage wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Um 7 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kleine Vorlagen und Anträge.

Voranschläge Witterung. Nur zeitweise heiter, vorübergehende Bewölkungsunahme, wobei besonders im östlichen Sachsen vereingelte Strichregen auftreten können. Temperaturen nicht wesentlich geändert. Schwache bis mäßige Winde aus westlichen Richtungen.

Es g... eine R... nicht w... über die... sich au... einer V... und ein... kennen... lieber... man do... Grund... schlägt... aber an... gemein... für sich... daß er... dort. I... tragen... wie der... spreche... Heimat... doch m... Bar... was d... wenn n... wieder... weider... hindurd... im Rat... niemals... schen a... lechten... Kraft... Frieden...? — ein... nach H... sind, d... hängen... zu lage... — zu... als zu... nus m... mismus... Im... glaubt... wenn I... und k... recht g... wufehen... niten... fragen... schloßen... beist... abhilt... früher... Norm... das „... stellen... und b... scheiner... Dann... auf d... es gut... verächt... wissen... dauern... genau